

Der demographische Wandel im suburbanen Raum - Auswirkungen dargestellt an Beispielen Münchner Randgemeinden im Kreis Fürstenfeldbruck

Paesler, Reinhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Paesler, R. (2010). Der demographische Wandel im suburbanen Raum - Auswirkungen dargestellt an Beispielen Münchner Randgemeinden im Kreis Fürstenfeldbruck. In C. Breu (Hrsg.), *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 12, Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern* (S. 127-140). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-355874>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Reinhard Paesler

**Der demographische Wandel im suburbanen Raum -
Auswirkungen dargestellt an Beispielen Münchner Randgemeinden
im Kreis Fürstenfeldbruck**

S. 127 bis 140

Aus:

Christian Breu (Hrsg.)

**Demographischer Wandel
und Raumentwicklung in Bayern**

Arbeitsmaterial der ARL 356

Hannover 2010

Reinhard Paesler

Der demographische Wandel im suburbanen Raum – Auswirkungen dargestellt an Beispielen Münchner Randgemeinden im Kreis Fürstenfeldbruck

Gliederung

- 1 Der demographische Wandel in seiner regionalen Differenzierung
- 2 Der demographische Wandel im suburbanen Raum
 - 2.1 Das Untersuchungsgebiet im Landkreis Fürstenfeldbruck
 - 2.2 Auswirkungen des demographischen Wandels
 - 2.3 Reaktionen auf den demographischen Wandel
 - 2.3.1 Politik für Senioren
 - 2.3.2 Politik für junge Familien, Kinder und Jugendliche
 - 2.4 Bewertung
- Literatur

1 Der demographische Wandel in seiner regionalen Differenzierung

Die Prozesse, die derzeit zusammenfassend als „demographischer Wandel“ bezeichnet werden, basieren auf Entwicklungen (vor allem verändertes generatives Verhalten), deren Ursprünge Jahrzehnte zurückliegen. Ihre Brisanz wurde aber bis in die jüngste Vergangenheit von den politischen Entscheidungsträgern vielfach nicht erkannt oder aber verdrängt, obwohl von Bevölkerungswissenschaftlern, Soziologen sowie Wirtschafts- und Sozialgeographen seit den 1970er Jahren immer wieder auf die unvermeidlich kommenden gesellschaftlichen und räumlichen Probleme hingewiesen wurde. So analysierte bereits Ruppert (1979) die zu erwartenden Auswirkungen der demographischen Entwicklung in Bayern im Rahmen des damaligen Arbeitsprogrammes „Bevölkerung als Gegenstand der Raumordnung“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der ARL. Er gab Hinweise auf notwendig werdende regionalplanerische Maßnahmen in den ländlichen Räumen und in den Großstädten und ihren Umlandbereichen (Ruppert 1979: 10 ff.). Auch der Autor beschäftigte sich bereits 1978 mit den auf Deutschland zukommenden gesellschaftspolitischen und raumplanerischen Problemen als Folge der jährlichen Geburtendefizite und bedauerte das damals noch völlig fehlende Problembewusstsein (Paesler 1978).

Dieser Sachverhalt hat sich inzwischen entscheidend geändert. Wie Dorbritz (2004: 356) nachweist, haben „der demographische Wandel und seine vielfältigen Konsequenzen“ (...) „eine breite Öffentlichkeit erreicht“, insbesondere aufgrund häufiger Medienpräsenz. Nuissl und Bigalke (2007: 381 f.) stellen fest, dass auf kommunaler Ebene inzwischen Stadtverwaltungen, öffentliche und private Aufgabenträger und Wohnungsbau-gesellschaften auf den demographischen Wandel reagieren und dass zunehmend die Frage auftauche, inwieweit die gegebenen Siedlungsstrukturen „einer alternden Gesell-

schaft generell angemessen sind“. Langhagen-Rohrbach und Gretschel (2005: 226) kommen anhand einer deutschlandweiten Umfrage zu dem Ergebnis, dass sich inzwischen 81,5 % aller Bürgermeister und 67,4 % aller Gemeindeverwaltungen im Bundesgebiet mit dem demographischen Wandel auseinandergesetzt haben.

In Deutschland sind es – ähnlich wie in den meisten anderen europäischen Ländern – vor allem drei Komponenten, die den demographischen Wandel ausmachen und die zu gravierenden räumlichen und sozialen Auswirkungen bereits heute führen bzw. mit Sicherheit zukünftig noch führen werden: 1. die niedrigen Geburtenziffern, die auf gesamtstaatlicher Ebene seit Jahrzehnten permanent unter den Sterbeziffern liegen, woraus sich ein Sterbeüberschuss und somit ein Bevölkerungsrückgang ergibt, sofern das Defizit nicht durch Zuwanderung ausgeglichen wird; 2. die Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung, woraus sich – verstärkt durch das Geburtendefizit – ein erhöhtes Durchschnittsalter der Bevölkerung und ein gestiegener und weiter steigender Anteil der älteren Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung ergeben; 3. die zunehmende kulturell-ethnische Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung aufgrund der Einwanderung von Personen nicht-deutscher Ethnien, die zwar mit wechselnder Stärke, aber permanent seit Jahrzehnten andauert (vgl. auch den Beitrag Klee in diesem Band).

Manche Autoren (z. B. Kemper 2006: 195; Gans 2006: 200; Gans 2008: 53) nennen zudem als vierte Komponente des demographischen Wandels die Haushaltsverkleinerung (abnehmende Durchschnittsgröße der Privathaushalte) als Folge einerseits der geringeren Kinderzahlen, andererseits der Aufsplittung der Haushalte durch den gesellschaftlichen Prozess der Vereinzelung oder „Singularisierung“ (z. B. weitgehendes Verschwinden der Drei- und Mehrgenerationenhaushalte). Durch Wanderungen (Binnen- und Außenwanderung) hervorgerufene Bevölkerungsveränderungen werden in der Regel nicht unter dem Begriff des demographischen Wandels subsumiert.

Der insoweit für Deutschland skizzierte demographische Wandel tritt keineswegs in allen Landesteilen in gleicher Weise auf. Es ergeben sich Unterschiede zwischen den Gebietskategorien und starke regionale Differenzierungen, z. B. bei den Geburtenziffern, beim prozentualen Anteil der älteren Jahrgänge, beim Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung. Die Hauptursache dieser Unterschiede ist in sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Charakteristika der Bevölkerung der einzelnen Regionen zu sehen; diese wiederum beruhen zu einem beträchtlichen Teil auf der Struktur und Entwicklung der regionalen Wirtschaft und den dadurch hervorgerufenen Wanderungen. Wie Gans (2006) zeigt, ist nicht nur in Deutschland, sondern in allen EU-Staaten eine „regionale Vielfalt“ des demographischen Wandels festzustellen. Daher können keine allgemeingültigen Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit seinen Auswirkungen gegeben werden (vgl. Gans 2008: 56). Jegliche Maßnahmen müssen einen räumlichen Bezug aufweisen, d. h. auf die spezielle Situation der Gemeinde oder Region bezogen sein.

Selbst innerhalb einer Region können das Ausmaß und die Ausprägung des demographischen Wandels auf Gemeindeebene beträchtlich variieren, so z. B. in einem Agglomerationsraum zwischen Kernstadt und Umland und innerhalb des suburbanen Raumes zwischen Gemeinden unterschiedlicher Struktur. Vor allem die Sozial- und Altersstruktur der Wohnbevölkerung, die oft selbst zwischen Nachbargemeinden nicht unwesentlich differiert, spielt hierbei eine große Rolle. Blotevogel (2006: 17) konnte anhand einer Gemeindetypisierung von Nordrhein-Westfalen nach demographischen Merkmalen zeigen, dass die regionalen demographischen Muster „immer weniger den überkommenen landesplanerischen Gebietskategorien entsprechen“ und dass selbst bei kleinräumiger Betrachtung nur schwer einheitliche regionale Trends zu erkennen sind.

2 Der demographische Wandel im suburbanen Raum

Wegen der beträchtlichen raumbedeutsamen Auswirkungen des demographischen Wandels – von der kommunalen über die regionale bis zur gesamtstaatlichen Ebene – ergibt sich auf den verschiedenen Stufen Handlungsbedarf für die Orts-, Regional- und Landesplanung, die Raumordnung und für diverse Fachplanungen. Im politischen Bereich sind hauptsächlich die Sozial-, Stadtentwicklungs-, Städtebau- und Verkehrspolitik gefordert. In der vorliegenden Studie wird analysiert, in welcher Weise in unterschiedlich strukturierten Gemeinden des suburbanen Raumes die Wohnbevölkerung und ihre gesellschaftlichen und politischen Repräsentanten vom demographischen Wandel und seinen Auswirkungen betroffen sind, wie sie darauf reagieren und welche Maßnahmen schon getroffen worden oder für die nahe Zukunft geplant sind, um den Folgen der veränderten demographischen Verhältnisse zu begegnen bzw. um die Gemeinden an die neuen Alters- und Sozialstrukturen der Bevölkerung anzupassen.

2.1 Das Untersuchungsgebiet im Landkreis Fürstentum

Das Untersuchungsgebiet umfasst die östlichen Gemeinden des oberbayerischen Kreises Fürstentum, der westlich an das Stadtgebiet von München anschließt (Städte Fürstentum und Germering; Gemeinden Alling, Eichenau, Emmering, Gröbenzell, Maisach, Olching und Puchheim). Der Kreis ist strukturell deutlich zweigeteilt: Die Gemeinden in der westlichen Kreishälfte in größerer Entfernung von der Landeshauptstadt sind noch teilweise ländlich geprägt; demgegenüber gehören die bevölkerungsstarken östlichen Gemeinden zum inneren suburbanen Randbereich des großstädtischen Agglomerationsraums München. Dieser ist dem Typ derjenigen Verdichtungsräume in Deutschland zuzuordnen, die nach allen Prognosen auch in mittelfristiger Zukunft noch ein stärkeres Bevölkerungswachstum aufweisen werden, ganz überwiegend durch Zuwanderung aus anderen Regionen Deutschlands und aus dem Ausland (vgl. BBR 2005: 85 f.). Der demographische Wandel – dieses Ergebnis sei vorweggenommen – wird hier von der Bevölkerung und den Lokalpolitikern zwar in der Regel als solcher wahrgenommen und auch beispielsweise in der Presse häufig thematisiert. Er wird aber meist (noch) nicht als wirkliches Problem des eigenen Lebensumfeldes gesehen, zumal er, zumindest bei oberflächlicher Betrachtung, in manchen der untersuchten Gemeinden bisher erst relativ schwach ausgeprägt ist.

Um den demographischen Wandel im Untersuchungsgebiet mit seinen Auswirkungen, mit den Reaktionen der Bevölkerung bzw. ihrer Repräsentanten und mit eventuellen Gegenmaßnahmen zu erfassen und zu analysieren, wurden in denjenigen Landkreiskommunen, die zur engeren suburbanen Zone der Landeshauptstadt gehören, Interviews durchgeführt. Partner waren Bürgermeister, Seniorenreferenten der Gemeinderäte und sonstige ausgewählte Kommunalpolitiker sowie Vertreter sonstiger Organisationen, die sich vorzugsweise oder zumindest teilweise um die Belange von Seniorinnen und Senioren kümmern (Seniorenbeiräte und -arbeitskreise der Gemeinden; kommunale und kirchliche Seniorenclubs; gemeindliche, kirchliche und private Sozialdienste; Agenda-21-Gruppen; Betreiber von kommunalen, kirchlichen, sonstigen gemeinnützigen und privaten Alten- und Pflegeheimen u. ä.). Die Ergebnisse wurden ergänzt durch eine Auswertung der regionalen und lokalen Presse und durch Erkenntnisse aus der „teilnehmenden Beobachtung“ des Autors als Mitglied des Gemeinderates einer der Untersuchungsgemeinden und von mehreren im obigen Sinn einschlägigen Organisationen. Außerdem wurden zu Vergleichszwecken Analysen anderer Autoren in neueren Publikationen herangezogen.

Der Grad der Betroffenheit vom demographischen Wandel hängt im Untersuchungsgebiet – und dies kann verallgemeinert werden – vor allem von der Dauer und dem Stand des Suburbanisierungsprozesses ab. Es existieren im Agglomerationsraum München im Wesentlichen drei bezüglich ihrer Genese und Struktur deutlich voneinander zu unterscheidende Typen suburbaner Gemeinden. Diese wurden in der regionalgeographischen und -planerischen Fachliteratur für die Region München in den 1980er und 1990er Jahren mehrfach mit dem Schwerpunkt auf ihrer demographischen und sozio-ökonomischen Entwicklung analysiert, so z. B. durch Lintner (1987), Paesler (1987) und Schußmann (1996: 238 ff.).

Als erster Typ sind die Gemeinden in stadtnaher Lage zu nennen, in denen das stärkste Bevölkerungswachstum durch intensive Neubautätigkeit und Zuwanderung in den 1970er und 1980er Jahren stattfand. Sie traten seit Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre in eine Stagnationsphase ohne wesentliches weiteres Wachstum ein, teils weil die zur Bebauung zur Verfügung stehenden Freiflächen weitgehend erschöpft waren (z. B. in Gröbenzell mit seinen sehr eng gezogenen Gemeindegrenzen und einer Fläche von nur 634 ha), hauptsächlich aber wegen des Wunsches der Bevölkerungsmehrheit, gerade auch der „Neubürger“ aus der vorangegangenen intensiven Stadt-Umland-Wanderung, nach Konsolidierung und bedarfsgerechtem Ausbau einer qualitativ hochwertigen kommunalen Infrastruktur statt weiteren Siedlungs- und Einwohnerwachstums.

Beispiele für diesen Typ suburbaner Kommunen sind im Untersuchungsgebiet die Stadt Germering und die Gemeinden Puchheim und Gröbenzell. In diesen Gemeinden verstärkt der demographische Wandel die sowieso stattfindende zyklische Veränderung der relativ homogenen Bevölkerungsstruktur, die sich zur Zeit der starken Zuwanderung einstellte. Die damals unter den Zuzüglern vorherrschende Gruppe der jungen Familien wächst, was die Elterngeneration betrifft, in das Seniorenalter hinein, während die Kinder inzwischen als junge Erwachsene nicht nur das Elternhaus, sondern meist auch die Wohngemeinde zugunsten eines neuen Ausbildungs- oder Arbeitsortes verlassen haben. Als Folge stagniert die Bevölkerungszahl der betreffenden Gemeinden oder ist sogar rückläufig; das Durchschnittsalter der Einwohner erhöht sich rasch. Als Beispiel seien die Daten von Puchheim genannt. Die Bevölkerungszahl nahm 1970-1985 von 7.247 auf 19.153 zu; bis 2001 erfolgte noch ein mäßiger Anstieg auf 19.738 und seitdem ein Rückgang auf 19.416 (31.12.2007). Der Anteil der Einwohner mit einem Alter von 65 und mehr Jahren stieg im Zeitraum 1985-2007 von 10,5 % auf 21,2 % (PV 2008).

Einen zweiten Typ stellen solche Gemeinden dar, die aufgrund von weiterhin andauernden Baugebietsausweisungen und Ortserweiterungen auch in der Gegenwart noch Zuwanderer in größerer Zahl anziehen. Hier hat sich das Wachstum gegenüber der Zeit des Baubooms der 1960er bis 1980er Jahre zwar abgeschwächt, doch ist weiterhin eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen, wiederum vornehmlich durch den Zuzug jüngerer bis mittlerer Jahrgänge. Durch das Zusammentreffen von demographischem Wandel der ansässigen Bevölkerung und anhaltender Zuwanderung jüngerer Familien kann sich hier eine relativ ausgewogene Haushalts- und Altersstruktur der Wohnbevölkerung einstellen. D. h. die zuziehenden jüngeren Bevölkerungsgruppen kompensieren wenigstens teilweise die geringeren Geburtenzahlen bei den vorhandenen Einwohnern und sorgen für eine Absenkung des Durchschnittsalters der Bevölkerung oder zumindest für eine starke Verlangsamung des Anstiegs.

Gemeinden dieses Typs liegen in einem weiter von München entfernten zweiten Ring um die Stadt. Im Untersuchungsgebiet handelt es sich beispielsweise um Olching und Maisach. In Olching erhöhte sich zwar die Einwohnerzahl ebenfalls in den 1970er und 1980er Jahren stark (1970: 14.135, 1985: 20.582), doch setzte sich der Zuwachs gerade

in den letzten Jahren durch die Erschließung des neuen Siedlungsgebietes Schwaigfeld weiter fort, sodass die Gemeinde Ende 2007 bereits 24.501 Einwohner zählte; hiervon waren nur 17,5 % im Alter von 65 und mehr Jahren (PV 2008).

Einen dritten Typ bilden Gemeinden, bei denen der Suburbanisierungsprozess erst relativ spät einsetzte, vor allem aufgrund größerer Entfernung vom Einpendlerzentrum München und ungünstigerer Verkehrsverbindungen für Pendler. Solche Gemeinden, die erst seit den 1990er Jahren oder noch später als Ziele stärker in die Stadt-Umland-Wanderung einbezogen wurden und die derzeit häufig ein beträchtliches Wachstum verzeichnen, liegen u. a. im westlichen Teil des Kreises Fürstentum Bruck; im Untersuchungsgebiet fehlen sie. Allenfalls die Gemeinde Alling, die als einzige der untersuchten Gemeinden an keiner Linie des Münchner S-Bahn-Netzes liegt, könnte in diesem Zusammenhang genannt werden (2007: 3.484 Einwohner mit Wachstum vor allem in den letzten Jahren und weiteren Zunahmetendenzen; PV 2008).

2.2 Auswirkungen des demographischen Wandels

Von den genannten Komponenten des demographischen Wandels spielt der Aspekt Internationalisierung bzw. Heterogenisierung der Bevölkerung in den untersuchten Gemeinden die geringste Rolle, da der Anteil von Einwohnern nicht-deutscher Staatsangehörigkeit im Untersuchungsgebiet mit rund 10 % relativ gering ist. Insbesondere wegen der verhältnismäßig hohen Boden- und Mietpreise als Folge der Attraktivität der Gemeinden als Wohnorte kam es bisher – verglichen mit der Landeshauptstadt – nur zu einer schwachen Zuwanderung ausländischer Bevölkerung.

Demgegenüber äußert sich der demographische Wandel, je nach Gemeindetyp, in mäßiger bis sehr starker Ausprägung in Bezug auf die beiden anderen genannten Aspekte: geringere Kinderzahlen wegen der niedrigeren Geburtenziffern, rasch zunehmender Anteil der älteren Einwohner an der Wohnbevölkerung bei gleichzeitig zunehmender Lebenserwartung und dadurch bedingtem ansteigenden Altersdurchschnitt der Gesamtbevölkerung. Auf diese beiden Aspekte konzentrieren sich daher folgerichtig das Augenmerk der Bevölkerung und ihrer Repräsentanten sowie die Politik der Gemeinden und der in den Gemeinderäten vertretenen Fraktionen.

2.3 Reaktionen auf den demographischen Wandel

Sofern die Kommunalpolitiker sowie bürgerschaftliche Initiativen, Organisationen, Vereine usw. auf den demographischen Wandel reagieren – vor allem in den Gemeinden des oben beschriebenen ersten Typs, wo man den größten Handlungsbedarf sieht – wird in der Regel an zwei Problemfeldern angesetzt. Einerseits werden Maßnahmen zugunsten der wachsenden Zahl und des zunehmenden Anteils von Senioren an der Bevölkerung eingeleitet bzw. gefordert. Vereine, Seniorenbeiräte, -clubs und ähnliche interessengeleitete Zusammenschlüsse älterer Menschen ergreifen hier häufig die Initiative und fordern und unterstützen entsprechende gemeindliche Aktivitäten. Andererseits werden Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Gemeinde als Wohnort für junge Familien, Kinder und Jugendliche angemahnt bzw. eingeleitet mit dem Ziel, deren Anteil an der Einwohnerschaft durch Zuwanderung stabil zu halten und eventuell sogar zu erhöhen. Teilweise wird dezidiert der Versuch unternommen, im Sinne einer mehr oder weniger aktiven Bevölkerungspolitik den Familien Anreize zu mehr Geburtenfreudigkeit zu geben.

2.3.1 Politik für Senioren

Der wachsende Anteil der Senioren an der Bevölkerung und das zunehmende Selbstbewusstsein dieser Altersgruppe haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich in allen Gemeinden Seniorenarbeits- und -interessengemeinschaften, -vereine, -clubs, -treffs usw. gebildet haben. Derartige Gruppierungen waren bis in die 1990er Jahre meist reine Geselligkeitsvereinigungen bzw. dienten der gemeinsamen Freizeitgestaltung oder Sportausübung; sie haben sich darüber hinaus längst zu Interessenvertretungen zur Durchsetzung von Forderungen der älteren Generation gewandelt. Die Bürgermeister und Gemeinderäte haben darauf reagiert und inzwischen „Seniorenbeiräte“ bzw. „Senioren-Arbeitsgemeinschaften“ (in Eichenau und Gröbenzell) als offizielle kommunale Beratungsorgane gegründet. Die politischen Gemeinden organisieren regelmäßig Senioren-Bürgerversammlungen, halten Wahlen zu diesen Gremien ab und gewähren ihnen ein Budget für ihre Arbeit. Im untersuchten suburbanen Raum spielt bei dieser Entwicklung zweifellos die Tatsache eine gewisse Rolle, dass angesichts des relativ hohen Akademikeranteils an der Gemeindebevölkerung genügend gut ausgebildete und durchsetzungsfähige Rentner und Pensionäre zur Verfügung stehen, um im Rahmen gezielter „Lobby-Arbeit“ die Interessen der Senioren wirkungsvoll zu vertreten.

Nicht zuletzt wegen des starken politischen Gewichts, das die Senioren schon aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihres hohen und weiter zunehmenden Anteils an der Bevölkerung und ihrer überdurchschnittlich hohen Beteiligung an politischen Wahlen darstellen, werben inzwischen alle Parteien gerade bei Gemeinderatswahlen intensiv um die Stimmen der Senioren. In der CSU wurde die Arbeit für die ältere Generation inzwischen auch auf der kommunalen Ebene durch die Gründung von Ortsvereinen der „Senioren-Union“ institutionalisiert, in der SPD werden gelegentlich Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger „60+“ angeboten. Eine Durchsicht der Wahlprogramme für die Kommunalwahlen 2008 ergab, dass Seniorenpolitik inzwischen fast überall einen hohen Stellenwert besitzt. Zwei Beispiele seien zitiert. Im Programm der CSU Gröbenzell heißt es: „Der demographische Wandel trägt dazu bei, dass Seniorinnen und Senioren in unserer Gesellschaft (...) eine immer größere Rolle spielen. Ihre reiche Lebenserfahrung wollen wir (...) noch stärker einbinden und nutzen“. Die SPD Germering schrieb in ihr Programm: „Wir schaffen Voraussetzungen dafür, dass die Senioren in Germering auch im hohen Alter ein selbständiges Leben führen und sich damit auch aktiv bürgerschaftlich engagieren können. Ihre Erfahrung ist für die Gesellschaft ein sehr wertvolles Gut“.

Konkret lassen sich drei Handlungsfelder kommunaler Seniorenpolitik in den untersuchten Gemeinden unterscheiden. Fast alle Planungen, Maßnahmen, Angebote u. ä., die der Deutsche Landkreistag (2008) in einer neueren Ausgabe seiner Mitgliederzeitschrift vorstellt und empfiehlt, sind im Untersuchungsgebiet anzutreffen, mit besonderem Schwerpunkt in den Gemeinden des oben erwähnten ersten Typs. Zunächst geht es um finanzielle Mittel, die im Rahmen der „freiwilligen Leistungen“ der Gemeinden zur Unterstützung der Seniorenarbeit an Organisationen und Vereine gegeben werden, wobei die Summen in den vergangenen Jahren regelmäßig erhöht wurden. Neben den Etats, mit denen die Arbeit der gemeindlichen Seniorenbeiräte gefördert wird, gehören hierzu beispielsweise:

- finanzielle Mittel für Vereine zur Durchführung von geselligen Veranstaltungen, Sommerfesten, Advents- und Weihnachtsfeiern für Senioren;
- zweckgebundene Zuschüsse für Volkshochschulen, andere Einrichtungen der Erwachsenenbildung und kirchliche Seniorenclubs für deren Aktivitäten (z. B. Vorträge und andere kulturelle Veranstaltungen, spezielle Computer- und Sprachkurse für

ältere Menschen, gemeinsame Ausflüge von Radtouren über Theater-, Konzert- und Museumsbesuche bis zu zweiwöchigen Bildungsreisen);

- Zuschüsse für kommunale und kirchliche Sozialdienste, die „Essen auf Rädern“, Gesundheitsberatung, Krankenpflege, Sozial- und Rentenberatung u. ä. anbieten – Dienste, die ganz überwiegend Senioren zugutekommen;
- Zuschüsse für Sportvereine, die Gymnastik, Turnen, Leichtathletik, Ballsport u. a., z. T. auch Koronarsport, speziell für Senioren anbieten.

In drei Fällen finanzieren die Gemeinden die Musik für einen monatlichen „Seniorentanz“, in anderen bekommen Rentner Getränkegutscheine für das Bierzelt beim jährlichen Volksfest; Rentnerrabatte für kostenpflichtige gemeindliche Veranstaltungen sind fast überall üblich. Dies ist nur eine beispielhafte Auswahl von freiwilligen finanziellen Leistungen der Gemeinden für ihre Senioren.

Als zweiter Bereich einer in den letzten Jahren neu entwickelten speziellen Seniorenpolitik ist die Schaffung einer seniorengerechten gemeindlichen Umwelt zu nennen. Speziell in den Kommunen mit hohem Altersdurchschnitt der Bevölkerung wird inzwischen kein Bebauungsplan mehr aufgestellt und kein Straßenbauprojekt mehr durchgeführt, bei dem nicht ausdrücklich die Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigt würde. Viele der entsprechenden Maßnahmen kommen selbstverständlich auch Kinderwagen schiebenden Eltern und Menschen mit körperlicher Behinderung zugute: z. B. Bau flacher Rampen statt Treppen an Straßen- und Bahnunter- bzw. -überführungen, Abflachung von Randsteinen an Straßenübergängen, Bau von „Laufbändern“ aus ebenen Steinplatten zur besseren Begehrbarkeit von gepflasterten Fußgängerzonen, Anlage von Spazierwegen und Aufstellung und Pflege von seniorengerechten Ruhebänken an diesen, Verlängerung der Grünphasen für Fußgänger an mit Ampeln gesicherten Straßenkreuzungen.

Zudem werden die Gemeindeverwaltungen zunehmend in dem Sinn aktiv, dass sie die Senioren bei Anliegen gegenüber Dritten unterstützen. Hier sind vor allem die Forderungen an die Münchner S-Bahn nach dem Bau von Aufzügen zu den Bahnsteigen zu nennen und die Aufforderung an Geschäftsleute, ihre Läden barrierefrei und die Präsentation der Waren seniorengerecht zu gestalten (z. B. gut lesbare Regalbeschilderung in den Supermärkten). In mehreren Kommunen arbeiten in diesem Sinn Gemeindeverwaltungen, Senioren- und Behindertenbeiräte gut zusammen. Ein besonderes Problem, an dem bisher ohne größeren Erfolg gearbeitet wird, stellt nach Aussagen fast aller Seniorenvertretungen die gefahrlose Fußgänger-Mobilität dar. Auf Gehwegen fühlen sich insbesondere gehbehinderte Senioren durch Radfahrer gefährdet, und in den seit Jahren zunehmend gebauten verkehrsberuhigten Bereichen und auf sogenannten Spielstraßen ohne Gehwege sind es zu schnell und rücksichtslos fahrende Autolenker und Radler, die den intendierten gefahrlosen Aufenthalt auf diesen Straßen nicht zulassen. Gemeinsame Aktionen von Gemeindeverwaltungen, Polizei, Agenda-21-Gruppen und Seniorenverbänden, bei denen um mehr Rücksichtnahme auf weniger bewegliche Menschen geworben wird, werden regelmäßig durchgeführt, konnten aber bisher keinen dauerhaften Erfolg verbuchen.

Der dritte Handlungsbereich betrifft das Wohnungswesen. Seit einigen Jahren wird vermehrt das Problem diskutiert, ob und inwieweit Häuser und Wohnungen, in denen ursprünglich Familien mit Kindern gewohnt haben, auch für das Wohnen im Alter geeignet sind, insbesondere nach dem Auszug der Kinder und bei eventueller körperlicher Behinderung der Eltern oder sogar nur noch eines überlebenden Elternteils. Vor allem die in den Stadtrandgemeinden gehäuft gebauten Reihenhäuser erweisen sich von der

vertikalen Gliederung (Wohnräume über mehrere Stockwerke), der Enge der Treppen und der Raumaufteilung her oft als wenig seniorenfreundlich. Auch bringt die Pflege der meist vorhandenen Gärten im Alter nicht selten Probleme mit sich. Einerseits könnte hier ein Wohnungswechsel angebracht sein: in eine seniorengerechte barrierefreie Wohnung, in ein „Betreutes Wohnen“, in ein Altenheim oder schließlich in ein Pflegeheim. Die Alternative ist „Ageing in Place“ („creating a situation whereby older people can remain in their own familiar surroundings for longer“; Swiaczny/Graze/Schlömer 2008: 189), d. h. Wohnen in der gewohnten Umgebung und im angestammten Heim mit eventuellen Umbauten, nach der Verkleinerung des Hauses durch Aufteilung eines Einfamilienhauses in ein Zweifamilienhaus oder mit ähnlichen Maßnahmen. Hier könnte dann eine ambulante Betreuung in Anspruch genommen werden (z. B. „Essen auf Rädern“, Besuche durch den Sozialdienst, „Betreutes Wohnen zu Hause“). Es geht also um Kombinationen eines geeigneten Wohnraumangebots mit Dienstleistungen, welche die Autonomie der älteren Menschen unterstützen (vgl. Heye/van Wezemaal 2007: 41).

Die Bedeutung der Wohnung und des Wohnumfeldes nimmt im Seniorenalter stark zu, da einerseits durch den Wegfall der beruflich bedingten Abwesenheit regelmäßig ein höherer Anteil der Tages- und Wochenzeit in der Wohnung verbracht wird als in jüngerem Alter, sich andererseits aber auch in vielen Fällen durch altersbedingte Krankheiten und geringere Mobilität der Aktionsradius verringert. Es ist daher gerade in Gemeinden mit steigenden Seniorenanteilen an der Bevölkerung wichtig, im oben zitierten Sinn Wohnformen anzubieten, die den Bedürfnissen dieser Gruppe entgegenkommen. Durch eine altersgerechte Infrastruktur des Wohnumfelds sowie eine zweckmäßige Ausstattung der Wohnung selbst sollte es Senioren ermöglicht werden, möglichst lange in der vertrauten Umgebung selbstständig zu leben. Ähnlich argumentiert Daumann (2009: 8): Die Wohnung und deren nähere Umgebung gewinne im Alter zunehmend an Bedeutung und müsse demgemäß seniorengerecht aus- und umgestaltet werden, zumal mit höherem Lebensalter eine stärkere emotionale Bindung an das Wohnumfeld bestehe. Auch Hesse/Scheiner (2007: 44 f.) weisen darauf hin, dass die Aktionsräume älterer Menschen deutlich stärker als diejenigen jüngerer auf das nähere Wohnumfeld ausgerichtet seien und daher die Wohnung und die Wohngemeinde entsprechend optimiert werden müssten. In den suburbanen Gemeinden der 1960er und 1970er Jahre gebe es hier teilweise Probleme.

Anhand einer Modelluntersuchung für eine Gemeinde im Rhein-Pfalz-Kreis gibt Diebler (2007) einen Überblick über traditionelle und alternative neue Wohnformen für Senioren. Wiegandt und Wiesemann (2008: 60) berichten über den Ablauf des Planungsprozesses mit dem Ziel, für einen Landkreis in Rheinland-Pfalz ein Handlungskonzept für die Auswirkungen des demographischen Wandels zu erarbeiten. Auch hier ging es u. a. um die „Schaffung neuer Wohnformen für Senioren“, die „Anpassung des Wohnungsbestands an die Bedürfnisse Älterer“ und die „Etablierung einer aktiven Wohnberatung zur Unterstützung älterer Menschen“. Nach Nutz (2006: 264 f.) ist bei Senioren „der Zufriedenheitsgrad bezüglich Wohnen und Mobilität“ in Stadtrandgebieten am größten, da hier die nachgefragten Einrichtungen und Dienstleistungen am ehesten vorhanden seien (im Gegensatz zu innerstädtischen Wohnlagen) und ein Gefühl der Sicherheit herrsche. Der Umzug Älterer aus dem suburbanen Raum in die Innenstädte werde daher eher die Ausnahme bleiben. Zu einem ähnlichen Resultat kommen Nuissl und Bigalke (2007) aufgrund von Untersuchungen im östlichen Umland der Stadtregion Leipzig. Die Autoren stellen fest, dass die häufig vermuteten negativen Auswirkungen der Suburbanisierung auf das Leben von Senioren nicht nachweisbar sind. Es herrscht im Gegenteil hohe Zufriedenheit mit der Ausstattung des Wohnumfelds, mit der Einbindung in soziale Netzwerke und mit der räumlichen Umgebung. Einschränkend wird

allerdings angemerkt, dass es sich in den untersuchten Gemeinden überwiegend um materiell gut situierte „junge“ Alte (bis etwa 80 Jahre) handelt; die Ergebnisse seien daher nicht generell verallgemeinerbar. Sie entsprechen aber – sowohl bezüglich der Bevölkerungsstruktur als auch der gefundenen Einschätzung der Senioren – den im östlichen Kreis Fürstentfeldbruck ermittelten Resultaten.

Die Problematik des Wohnens im Alter hat im Untersuchungsgebiet eine besondere Bedeutung, da ein relativ hoher Anteil der Bevölkerung in Einfamilienhäusern wohnt. Insbesondere in Eichenau, Gröbenzell, Maisach und Alling ist der Anteil der Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser am Gebäudebestand sehr hoch. Die Häuser wurden in der Regel zunächst von Familien mit Kindern bezogen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen finden wegen der Knappheit an Mietwohnungen nach dem Auszug aus dem Elternhaus meist am Ort selbst keine Wohnung und ziehen, wie schon erwähnt, häufig nach München oder in einen anderen Ausbildungs- bzw. Arbeitsort. Die Alterung der Bevölkerung wirkt sich also rein rechnerisch in einer starken Steigerung der Wohnfläche pro Einwohner aus. In der Realität bleiben jedoch nach dem Auszug der Kinder sehr oft Teile der Häuser weitgehend ungenutzt.

Umfassende Planungskonzepte oder Gemeindeanalysen der Wohnungslage oder der Wohnbedürfnisse von Senioren im oben zitierten Sinne gibt es bisher im Untersuchungsgebiet nicht. Allerdings wird derzeit im Landratsamt Fürstentfeldbruck ein „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“ erarbeitet, das sich u. a. auch des Themas „Wohnen im Alter“ annimmt. Es ist jedoch bereits jetzt deutlich erkennbar, dass auf die zunehmende Zahl von Senioren, die ihre bisherige Wohnung oder ihr Haus nicht mehr bewohnen können oder wollen, sowohl von kommunaler Seite als auch von gemeinnützigen oder privaten Trägern mit der Errichtung von Seniorenwohnungen verschiedenster Art reagiert wird. Seit ca. etwa fünf bis sechs Jahren kommt es im östlichen Kreis Fürstentfeldbruck zu einem sprunghaften Anstieg der Zahl der Wohnungen in seniorengerechten Neubauprojekten. Derzeit bestehen in den untersuchten Gemeinden 15 entsprechende Einrichtungen mit unterschiedlichem Standard und unterschiedlicher Bezeichnung (Seniorenheime, Seniorenresidenzen, Seniorenstifte, Altenheime, Pflegeheime, „Betreutes Wohnen“), von denen etwa die Hälfte erst in den letzten fünf Jahren neu eröffnet oder bedeutend erweitert worden sind.

Einige Beispiele seien genannt. In Gröbenzell existiert seit den 1970er Jahren ein Altenheim der Caritas, in dem seit einigen Jahren der Anteil der pflegebedürftigen Insassen zuungunsten noch körperlich und/oder geistig mobiler Personen sehr stark zugenommen hat. 2006 wurde eine private „Seniorenresidenz“ als Alten- und Pflegeheim eröffnet. Seit 2008 ist im Ortszentrum ein Objekt des „Betreuten Wohnens“ durch einen Privatinvestor im Bau, dessen rund 75 Eigentums- und Mietwohnungen 2010 bezogen werden können. Die Betreuung der Bewohner übernimmt der „Ökumenische Sozialdienst“. Der Bau erfolgte mit starker Unterstützung von Gemeindeverwaltung und Gemeinderat, der einen Bebauungsplan mit weitgehender Berücksichtigung der Wünsche des Investors aufstellte. Schließlich wurde 2009 ein Bürgerbegehren mit Mehrheit angenommen, das im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens für einen Teil des nördlichen Ortszentrums u. a. auch Festsetzungen für ein weiteres Objekt des „Betreuten Wohnens“ fordert, und schließlich schrieben alle Parteien in ihre Wahlprogramme für die Kommunalwahlen 2008 die Forderung nach gemeindlicher Unterstützung für die Errichtung barrierefreier, seniorengerechter Wohnungen.

In Puchheim ist seit 2009 – ebenfalls auf kommerzieller Basis – im „Wohnpark Roggenstein“ ein Objekt des „Seniorengerechten Wohnens“ mit 64 Eigentums- und Mietwohnungen im Bau. In Eichenau wurde 2006 das „Evangelische Seniorenzentrum“ als

Altenwohn- und Pflegeheim mit zusätzlichen Einrichtungen der Kurzzeitpflege und mit „therapeutischen Wohngruppen für altersverwirrte Menschen“ eröffnet. In Olching werden im Neubaugebiet Schwaigfeld zurzeit 33 seniorengerechte Sozialwohnungen gebaut, von denen einige für jeweils eine „Senioren-WG“ vorgesehen sind, die vom Verein „Älter werden in Olching e. V.“ betreut werden sollen. In Fürstenfeldbruck wurde 2008 der Erweiterungsbau des modernisierten kirchlichen Alten- und Pflegeheims „Theresianum“ eröffnet, das somit über 150 Plätze in behindertengerechten Einzel-Appartements verfügt. In Germering wurde 2008/2009 das „Curanum“ (Seniorenresidenz und Pflegezentrum) modernisiert; es bietet Appartements für betreutes Wohnen und Zimmer für stationäre Pflege.

2.3.2 Politik für junge Familien, Kinder und Jugendliche

Das vermehrte Eingehen auf die Bedürfnisse und Forderungen der älteren Generation ist im Untersuchungsgebiet hauptsächlich als ein Reagieren auf das innerhalb relativ kurzer Zeit starke Anwachsen dieser Bevölkerungsgruppe zu sehen. Demgegenüber verursacht der demographische Wandel auch ein bewusstes Agieren mit dem Ziel, die zahlen- und anteilmäßig an Bedeutung verlierende Gruppe der jungen Eltern, Kinder und Jugendlichen zu stärken. Insbesondere die Gemeinden der oben skizzierten ersten Gruppe (frühe Suburbanisierung) zeigen seit Jahren zurückgehende Geburtenzahlen – wegen der sinkenden Anzahl jüngerer Familien und wegen der geringeren Kinderzahl pro Familie im Vergleich zu früheren Jahrzehnten. Einige Beispiele zeigen diese Entwicklung. In Puchheim nahm die Geburtenzahl im Zeitraum 1997-2006 von 184 auf 128 ab, die Zahl der Kinder unter sechs Jahre sank von 1.123 auf 998. In Gröbenzell ging die Zahl der Geburten im gleichen Zeitraum ebenfalls von 184 auf 137 zurück, die Kinderzahl (unter sechs Jahre) verringerte sich von 1.087 auf 962. In Eichenau betrugen die Kennzahlen bei den Geburten 135 bzw. 78, bei den Kindern 716 bzw. 627. Nur einen geringen Rückgang zeigte dagegen Olching als Gemeinde des zweiten Typs. Hier nahm die Geburtenzahl im genannten Zeitraum nur von 261 auf 239 ab, die Kinderzahl von 1.454 auf 1.422.

Den sinkenden Zahlen von Kindern stehen zunehmende Zahlen von Plätzen in Kinderkrippen, -gärten und -horten gegenüber. Der entsprechende Bedarf steigt seit mehreren Jahren stark an, da ein laufend wachsender Anteil von Eltern Plätze für ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen fordert. Vor allem die Nachfrage nach Kinderkrippenplätzen für Kleinkinder vor dem Kindergartenalter ist rapide angestiegen. Hier scheint die spezifische Sozialstruktur des untersuchten suburbanen Raumes mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Akademikerfamilien eine Rolle zu spielen. Beide Partner möchten in der Regel ihre Berufstätigkeit nach der Geburt von Kindern möglichst rasch wieder aufnehmen und suchen daher Betreuungsmöglichkeiten. Die Gemeinden – daneben Wohlfahrtsorganisationen, die Kirchen sowie private Träger – reagieren auf die steigende Nachfrage durch den Bau neuer Kindertageseinrichtungen. Die finanzielle Lage der Gemeinden erlaubt dies meist ohne größere Probleme.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Bestreben der Kommunen, die in der Regel nicht ortsgebundenen jungen Familien durch attraktive Angebote am Ort zu halten oder sogar Neubürger mit Kindern anzulocken. Gerade in Konkurrenz zum Wohnstandort München, wo pro Einwohner eine wesentlich schlechtere Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen vorliegt, wird dieser Gesichtspunkt von befragten jungen Eltern immer wieder vorgetragen. Die Gemeinde Gröbenzell wirbt beispielsweise in ihren jährlichen Neubürgerversammlungen regelmäßig mit der Tatsache, dass bei Kindergartenplätzen eine Bedarfsdeckung von ungefähr 100 % erreicht ist (gemessen an der Zahl der nachgefragten Plätze für Kinder ab drei Jahre) und dass auch die

Versorgung mit Plätzen in Kinderkrippen und Horten für Schulkinder durch Neubauten, die 2009 eröffnet wurden, an die Nachfrage angepasst worden ist. In ähnlicher Weise sind zurzeit auch Puchheim, Olching, Eichenau, Fürstenfeldbruck und Germering bestrebt, durch ein an der Nachfrage orientiertes Angebot eine erstklassige Versorgung zu gewährleisten und damit für junge Familien attraktiv zu bleiben bzw. Zuzügler anzulocken.

Eine neuere Untersuchung in der Region Hamburg bestätigt die Allgemeingültigkeit der hier gemachten Aussagen. Nach Menzl (2006: 435) wird „die Konkurrenz um die nach wie vor hoch geschätzte Gruppe der ‚wirtschaftlich und sozial stabilen jungen Familien‘ (...) in den kommenden Jahren sowohl zwischen den suburbanen Gemeinden als auch zwischen Suburbia und Kernstadt erheblich an Schärfe hinzugewinnen“. Dabei wird die Konkurrenz der Wohnstandorte unter den Aspekten des gesellschaftlichen und demographischen Wandels nicht allein „über Preisstrukturen und räumliche Lagen ausgetragen werden“, sondern auch über „weiche Faktoren“ wie die „Alltagstauglichkeit“ des Wohnstandorts und über die Frage, ob und wie der individuelle Lebensentwurf und der gewählte Wohnort zusammenpassen. Zu den „restriktiven Rahmenbedingungen“ gehört demnach insbesondere auch das Vorhandensein oder Fehlen ausreichender Betreuungsmöglichkeiten für Kinder (vgl. Menzl 2006: 449 f.).

Zu ähnlichen Ergebnissen – nicht nur auf den suburbanen Raum bezogen – kommt Sailer (2007) aufgrund von Befragungen bei Kommunalpolitikern in Bayern. Die weitere demographische Entwicklung in den Kommunen sei davon abhängig, wie familienfreundlich die Gemeinde bzw. Region ausgestattet ist, denn die Verfügbarkeit familiennaher Infrastruktur könne sowohl auf die Geburtenhäufigkeit als auch auf den Zuzug von Familien mit Kindern Einfluss haben (Sailer 2007: 62). Auch Lange, Weick und Germer (2003: 297) berichten von lebhafter „Konkurrenz von Städten und Gemeinden bzw. ganzen Regionen um Humankapital, Wirtschaftskraft und damit um Entwicklungspotenzial“, wodurch die Raumordnung vor großen Herausforderungen stehe. Schließlich seien noch Swiaczny, Graze und Schlömer (2008: 200) zitiert, die aufgrund vergleichender empirischer Untersuchungen in West- und Ostdeutschland von einem zunehmenden Wettbewerb zwischen suburbanen Gemeinden einerseits und von diesen mit der Kernstadt andererseits berichten, da sie sich um jüngere und möglichst wohlhabende Familien als Ersatz für die abnehmende Zahl der alternden „Suburbaniten“ der ersten Generation bemühen. Die Autoren warnen in diesem Zusammenhang schließlich vor einem ruinösen Wettbewerb durch schuldenfinanzierte Infrastrukturinvestitionen, die unter Umständen weder nachhaltig noch raumplanerisch sinnvoll seien.

Ähnlich wie im Bereich der Seniorenpolitik sollen auch hier einige Beispiele aus aktuellen Kommunalwahlprogrammen in den Untersuchungsgemeinden zitiert werden, die zeigen, welches große Gewicht parteiübergreifend den Bedürfnissen von Eltern und Kindern beigemessen wird. So schreibt die SPD Olching 2008: „Unser Engagement gilt einem bedarfsorientierten und kostenlosen Kindertagesstättenangebot. Von der Kinderkrippe, über Kindergarten und die Mittagsbetreuung zum Hort“. Die CSU Gröbenzell schreibt in ihrem Programm zur Kommunalwahl 2008: „Die demographische Entwicklung hat auch in Gröbenzell dazu geführt, dass die Zahl der Kinder seit Jahren zurückgeht. Diesem Trend setzen wir besondere Anstrengungen entgegen, damit Gröbenzell auch weiterhin eine kinder- und familienfreundliche Gemeinde bleibt“. Im Einzelnen wird z. B. gefordert: weiterhin ein Kindergartenplatz für alle Kinder über drei Jahre, ein Betreuungsplatz für 75 % aller Kinder im Krippenalter unter drei Jahre, bedarfsgerechter Ausbau der Hortangebote und der Nachmittagsbetreuung für Schulkinder. Schließlich schreibt die SPD Germering: „Das Netz der Betreuungseinrichtungen für Kinder ist in

Germering bereits vorbildlich. Dies zu erhalten, auszubauen oder den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen z. B. durch Umwandlung von Kindergarten- in Kinderkrippengruppen anzupassen, wenn die Zahl der Kinder zurückgeht, ist eines der wichtigsten Ziele“.

Neben der Aufmerksamkeit, die den Kindern im Vorschul- und im Grundschulalter gewidmet wird, ist in den letzten Jahren in allen untersuchten Gemeinden auch vermehrt auf die Bedürfnisse älterer Kinder und Jugendlicher und von deren Eltern bzw. generell von jungen Familien eingegangen worden. An dieser Stelle seien nur pauschal Einrichtungen und Fördermöglichkeiten genannt, die in allen Gemeinden große Beachtung finden und die mit teilweise relativ hohen Ausgaben unterstützt werden – immer mit der Zielrichtung, die jeweilige Gemeinde angesichts sinkender Nachwuchszahlen so attraktiv für diesen Personenkreis wie möglich zu machen. Hierzu gehören u. a. Unterstützung der Schulen, vor allem der gefährdeten Hauptschulen, mittels zeitgemäßer Ausstattung seitens der Gemeinden als Sachaufwandsträger, Einrichtung und Pflege attraktiver Spiel- und Sportplätze, Unterhalt und gute Personalausstattung von Jugendheimen, -treffs und -cafés für Heranwachsende, Einrichtung von Jugendbeiräten als Interessensvertretungen gegenüber den Gemeinderäten und der Öffentlichkeit, Preisvergünstigungen bis hin zu freiem Eintritt für Kinder und Jugendliche bei gemeindlichen Veranstaltungen, kommunale Zuschüsse für die Jugendarbeit der Vereine, insbesondere der Sport- und Kulturvereine, Unterstützung von „kommunalen Familientischen“ als informelle Gremien zur Vertretung der Interessen speziell junger Familien.

Die Parteien und Wählergruppen legten vor den Kommunalwahlen 2008 besonderes Augenmerk auf die Aufstellung junger Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderäte; die „Junge Union“ innerhalb der CSU und die „Jusos“ in der SPD waren hier besonders aktiv. Eine umstrittene politische Frage ergibt sich aus der Tatsache, dass vor allem in den „alt-suburbanisierten“ Gemeinden am Münchner Stadtrand wegen der Attraktivität als Wohnort einerseits und der geringen Baulandreserven andererseits die Bodenpreise sehr hoch sind. Ein Grundstücks- oder Eigenheimerwerb ist daher für junge Familien nur schwer möglich. Als eine Lösungsmöglichkeit gelten die Ausweisung von Bauland aus dem Besitz der Kommunen und der Verkauf im Rahmen von „Einheimischenmodellen“ zu Preisen unter dem Marktpreis. In Gröbenzell und Olching werden entsprechende Programme vorbereitet. In Puchheim herrscht eher Skepsis; man befürchtet Ungerechtigkeit angesichts der doch eher geringen Zahl zu vergebender Grundstücke im Verhältnis zur vermutlich großen Zahl der möglichen Antragsteller.

2.4 Bewertung

Da es sich im Fall des Untersuchungsgebietes um Gemeinden mit relativ hohem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung und vergleichsweise hoher kommunaler Steuerkraft handelt (früher gelegentlich als „Speckgürtel von München“ bezeichnet), sind sie in aller Regel ohne größere Schwierigkeiten in der Lage, die angeführten Maßnahmen zur „Abfederung“ etwaiger Probleme durch den demographischen Wandel durchzuführen und zu finanzieren. Ebenso ist es angesichts der günstigen Einkommens- und Vermögenssituation der großen Mehrheit der Einwohner im Allgemeinen nicht schwierig, private Investoren und Träger für solche Einrichtungen zu finden, die aus den verschiedensten Gründen nicht von den Gemeinden selbst oder von karitativen Organisationen errichtet und geführt werden (z. B. private Alten- und Pflegeheime, Einrichtungen des „betreuten Wohnens“, private Kinderkrippen, -gärten und -horte). Insofern besteht sicherlich eine Sondersituation im Vergleich zu Gemeinden etwa in strukturschwachen oder in ländlichen Räumen; sie dürfte aber für ähnlich strukturierte Stadtrandgemeinden in anderen Regionen Bayerns bzw. Deutschlands exemplarisch sein.

Es wurde bereits angedeutet, dass in einem Sozialstaat wie der Bundesrepublik Deutschland die Sorge um befriedigende Lebensbedingungen für ältere Menschen jenseits des Erwerbslebens und ebenso die Sorge um junge Eltern, um Kinder und Jugendliche selbstverständlich sein sollte, völlig unabhängig vom derzeit ablaufenden demographischen Wandel. Es ist zu vermuten, dass entsprechend der Tendenz zum Ausbau des Sozialstaates – und zum gesteigerten Anspruchsdenken eines Großteils der Bevölkerung – die beiden schutz- und unterstützungsbedürftigen Gruppen sowieso stärker in den Fokus staatlicher und kommunaler Fürsorge geraten wären. Es ist nicht nachweisbar, ob die analysierten Maßnahmen zugunsten von Kindern und Senioren auch ergriffen worden wären, wenn es den demographischen Wandel nicht gäbe. Aber es kann davon ausgegangen werden, und die Ergebnisse im Untersuchungsgebiet deuten sehr stark darauf hin, dass der demographische Wandel den Blick auf diese Gruppen geschärft und die Notwendigkeit ihrer vermehrten Unterstützung verdeutlicht hat, dass also die entsprechenden Maßnahmen andernfalls später und mit geringerem Nachdruck ergriffen worden wären.

Literatur

- Blotevogel, H. H. (2006): Gemeindetypisierung Nordrhein-Westfalens nach demographischen Merkmalen. In: Danielzyk, R.; Kilper, H. (Hrsg.): Demographischer Wandel in ausgewählten Regionstypen Nordrhein-Westfalens. Herausforderungen und Chancen für regionale Politik. Hannover, 17-33. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 329.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn. = Berichte, Bd. 21.
- Daumann, Y. (2009): Altersgerechtes Wohnen. Frankfurt am Main. = KfW-Research, Nr. 45.
- Deutscher Landkreistag (Hrsg.) (2008): Kommunale Seniorenpolitik. (Heft 10/2008 der Zeitschrift „Der Landkreis“).
- Dieler, E. (2007): Seniorenkonzept für die Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim unter besonderer Berücksichtigung des Wohnens. Kaiserslautern. = Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, Bd. 23.
- Dorbritz, J. (2004): Demographisches Wissen, Einstellungen zum demographischen Wandel und Ursachen des Geburtenrückgangs. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 29, H. 3-4, 329-361.
- Gans, P. (2006): Die regionale Vielfalt des demographischen Wandels in Europa. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 64, H. 3, 200-205.
- Gans, P. (2008): Demographischer Wandel in Europa. In: Killisch, W.; Siedhoff, M. (Hrsg.): Dresdner Gespräche zum demographischen Wandel. Der demographische Wandel und seine Folgen. Dresden, 43-56. = Dresdner Geographische Beiträge, H. 13.
- Hesse, M.; Scheiner, J. (2007): Suburbane Räume – Problemquartiere der Zukunft? In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Jg. 46, H. 2, 35-48.
- Heye, C.; van Wezemaal, J. (2007): Herausforderungen des sozio-demographischen Wandels für die Wohnbauindustrie. In: disP 169, 41-55.
- Kemper, F.-J. (2006): Komponenten des demographischen Wandels und die räumliche Perspektive. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 64, H. 3, 195-199.
- Lange, B.; Weick, T.; Germer, S. (2003): Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung: Handlungserfordernisse für Raumordnung und Regionalentwicklung. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 61, H. 4, 297-300.
- Langhagen-Rohrbach, C.; Gretschel, S. (2005): Westdeutsche Kommunen und der demographische Wandel. Ergebnisse einer Kurzbefragung und ihre Konsequenzen. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 63, H. 3, 223-231.
- Lintner, P. (1987): Struktur und Dynamik der Flächeninanspruchnahme im Rahmen der Siedlungstätigkeit in der Region München. In: Ruppert, K. (Hrsg.): Region München. München, 45-63. = WGI-Berichte zur Regionalforschung, H. 18.
- Menzl, M. (2006): Alltag in Suburbia – Betrachtungen zu einer Schlüsselkategorie in der Konkurrenz um junge Familien. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 80, H. 4, 433-451.

- Nuissl, H.; Bigalke, B. (2007): Altwerden am Stadtrand – zum Zusammenhang von Suburbanisierung und demographischem Wandel. In: *Raumforschung und Raumordnung*, Jg. 65, H. 5, 381-392.
- Nutz, M. (2006): Demographischer Wandel und Wohnungsmarktentwicklung. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 80, H. 3, 257-274.
- Paesler, R. (1978): Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland – Probleme für die Planung. In: *Salzburger Institut für Raumforschung* (Hrsg.): *Mitteilungen und Berichte* 4/1978, 48-87.
- Paesler, R. (1987): Tendenzen der Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung in der Region München. In: Ruppert, K. (Hrsg.): *Region München*. München, 21-43. = *WGI-Berichte zur Regionalforschung*, H. 18.
- PV (Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München) (Hrsg.) (2008): *Kreisdaten Fürstenfeldbruck; Gemeindedaten der Untersuchungsgemeinden*. München (unveröffentlicht).
- Ruppert, K. (1979): Zur jüngeren Bevölkerungsentwicklung in Bayern – eine Einführung. In: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)* (Hrsg.): *Zum Wandel räumlicher Bevölkerungsstrukturen in Bayern*. 1. Teil: Fall-Studien. Hannover, 7-17. = *Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL*, Bd. 129.
- Sailer, M. (2007): Demographischer Wandel und familiennahe Infrastruktur – Weichenstellungen für die Zukunft unserer Kommunen. In: *Politische Studien*, Jg. 58, H. 2, 51-72.
- Schußmann, K. (1996): Entwicklungen und Probleme der Agglomerationsräume in Deutschland – Fallstudie München. In: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hrsg.): *Agglomerationsräume in Deutschland*. Hannover, 234-279. = *Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL*, Bd. 199.
- Swiaczny, F.; Graze, P.; Schlömer, C. (2008): Spatial Impacts of Demographic Change in Germany. Urban Population Processes Reconsidered. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 33, H. 2, 181-206.
- Wiegandt, C.-C.; Wiesemann, L. (2008): Rechtzeitig vorbereitet auf den demographischen Wandel. Ein Handlungskonzept im Landkreis Neuwied. In: *Standort*, Jg. 32, H. 2, 56-61.